

Preis der Einzelnummer 10 Pfennige

Volkswacht

Anzeigenpreise:
Die 6spaltige Beilage 25 Bfg.
für auswärts 30 Bfg., die 2spaltige
Beilage 10 Bfg., die 4spaltige
Beilage 15 Bfg., die 6spaltige
Beilage 20 Bfg. Anzeigen mit
Wahlbestimmung werden
besonders herabgesetzt.
Bei Wiederholung Rabatt
laut Tarif.

Die Volkswacht erscheint wöchentlich
einmal am Sonnabend.
Bezugspreis monatlich 35 Bfg.,
vierteljährlich 1,00 Mk., einschließlich
Trägerlohn. In den Abbestellstellen
man um 30 Bfg. Durch die Post
bezogen vierteljährlich 1,02 Mk.,
einschließlich Bestellgeb. Einzel-
nummer 10 Bfg.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition
Paradiesgasse Nr. 32

Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion
und Expedition 3290

Nr. 45

Danzig, Sonnabend den 11. November 1916

7. Jahrgang

Polens Erneuerung

Folgendes Manifest wurde am Sonntag durch den
kaiserlichen Generalgouverneur in Warschau,
General der Infanterie v. Beseler, verkündigt:

An die Bewohner des Gouvernements
Warschau.

Seine Majestät der Deutsche Kaiser und Seine Majestät der
Kaiser von Oesterreich und Apostolischer König von Ungarn, getragen
von dem festen Vertrauen auf den endgültigen Sieg ihrer Waffen
und von dem Wunsch geleitet, die von ihren tapferen Heeren mit
schweren Opfern der russischen Herrschaft entzogenen polnischen Ge-
biete einer glücklichen Zukunft entgegenzuführen,
sind dahin übereingekommen, aus diesen Gebieten einen selbst-
ständigen Staat mit erblicher Monarchie und kon-
stitutioneller Verfassung zu bilden. Die genauere
Bestimmung der Grenzen des Königreichs Polen bleibt vorbehalten.
Das neue Königreich wird im Anschluß an die beiden ver-
bündeten Mächte die Bürgschaften finden, deren es zur freien
Entfaltung seiner Kräfte bedarf. In einer eigenen Armee
sollen die ruhmvollen Überlieferungen der polnischen Heere früherer
Zeiten und die Erinnerung an die tapferen polnischen Kämpfer in
dem großen Kriege der Gegenwart wachgehalten. Ihre Organi-
sation, Ausbildung und Führung wird in gemein-
samem Einvernehmen geregelt werden.

Die verbündeten Monarchen geben sich der zuverlässigen
Hoffnung hin, daß sich die Wünsche nach staatlicher und nationaler
Entwicklung des Königreichs Polen nunmehr unter gebotener Rück-
sichtnahme auf die allgemeinen politischen Verhältnisse Europas und
auf die Wohlfahrt und Sicherheit ihrer eigenen Länder und Völker
erfüllen werden.

Die großen westlichen Nachbarmächte des Königreichs Polen
aber werden an ihrer Ostgrenze einen freien, glücklichen und
seines nationalen Lebens frohen Staat mit Freuden
neu erblicken und ausblühen sehen.

Auf Allerhöchsten Befehl Seiner Majestät des Deutschen Kaisers.
Der Generalgouverneur.

Eine Kundgebung gleichen Inhalts wurde von dem
K. und K. Militär-Generalgouverneur in Lublin, Feldzeug-
meister Rul., bekanntgegeben.

Wolffs Telegraphenbureau meldet aus Warschau vom
5. November:

Prachtvolles Herbstwetter begünstigte den heutigen ge-
schichtlichen Tag Polens. Lebhaftige Bewegung der Bevölkerung
in den Straßen und Ansammlung Tausender auf dem Schloss-
platz und in den Höfen der gewaltigen Gebäude kündigten die
neue Epoche an.

Um 12 Uhr verlas Generalgouverneur v. Beseler im
Kolonnensaal die Proklamations in deutscher Sprache, worauf
Graf Hutten-Chapski sie polnisch wiederholte. Der Rektor der
Universität Brudzinski dankte. Der Schluß seiner Rede ging
unter in dem jubelnden Ruf Niech Zyje und immer neu wieder-
holtem Händeklatschen. Viele polnische Festgäste waren zu
Tränen gerührt. Sodann hielt Generalgouverneur v. Beseler
folgende Ansprache:

„Mitten im Loben eines Weltkrieges führt der hoch-
herzige Entschluß der verbündeten Monarchen den lang-
gehegten Wunsch nach einem selbstständigen polnischen Staate
der Verwirklichung entgegen. Der trübe Zweifel: Was soll
aus uns werden? findet keinen Raum mehr in den polnischen
Herzen; ein neues großes Ziel ist ihnen gesteckt. Es gilt den
Aufbau ihres künftigen Staates. Noch blühet das Land aus
tausend Wunden und noch läßt sich verlangen auch von ihm
der Kampf gegen seinen einstigen Unterdrücker neue Opfer.
Überall aber leimt neues Leben. Überall regt sich das
Streben nach tätiger Teilnahme am Befreiungskampf und
an der Arbeit zur Heilung der vom Kriege geschlagenen
Wunden. So treten Sie denn vertrauensvoll an unsere
Seite, so wie auch wir Ihnen unser Vertrauen entgegen-
bringen, um den Kampf zu einem glücklichen Ende zu führen
und in gemeinsamer Arbeit den festen Grund zu legen für
das polnische Königreich, in dessen Geburtsstunde wir heute
stehen. Möge es sich als ein starkes Glied in den Bund der
Staaten Europas einfügen, die durch die gleichen geistigen,
politischen und wirtschaftlichen Interessen miteinander ver-
bunden und aufeinander angewiesen sind. Das Wort der
erbauten verbündeten Monarchen verbürgt Ihnen Ihre
Zukunft. Der polnische Staat erhebt und bald wird, so
hoffen wir, ein polnisches Heer, das sich aus freiem Willen
um seine Fahnen schart, als Symbol staatlicher Selbst-
ständigkeit zu seinem Schutz bereit stehen. Der glücklichen
Zukunft des Königreichs Polen gilt mein Wunsch.“

Die Ansprache rief neue Begeisterung hervor. Die raus-
schenden Demonstrationen setzten sich nach Schluß des feierlichen
Abtes auf dem Schlosshof und in den Straßen fort, wo

Generalgouverneur v. Beseler auf der Rückfahrt nach seinem
Wohnsitz, Schloß Belvedere, der Mittelpunkt umhauender
freundlicher Kundgebungen wurde.

Und es wäre falsch, in dieser Stunde die Bedenken
zu verhehlen, die manchen patriotischen Mann bei uns
hindern, mit freudigem Herzen den kühnen Schritt gut-
zuheißen, der mit dem Manifest getan wird.

Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

In der Geschichte der Leiden Polens bildet der Weltkrieg
von 1914/16 eines der am tiefsten erschütternden Kapitel. Aber
so Schweres Polen in diesen Jahren erlebt hat, so hat es doch
nicht zu hoffen aufgehört. Auf diesem großen Leidenfeld
Europas, inmitten aller Schrecken der Vernichtung, hat sich der
nationale Lebenswille kraftvoll geregt. Seine Energie, seine
diplomatische Geschicklichkeit stehen vor dem ersten großen
Erfolg: vor der Wiederaufrichtung eines selbstständigen polni-
schen Staatswesens mit zunächst 12 Millionen Bewohnern.

Die grundsätzliche Stellung der Sozialdemokratie zum
polnischen Problem ist von eindeutiger Klarheit. Die Sozial-
demokratie hat von der bürgerlichen Demokratie die Förde-
rung eines freien Polens übernommen, und sie hat stets an
dem Satz von Karl Marx festgehalten, daß die Macht des
Zarismus „nur wirklich unschädlich gemacht werden kann durch
Wiederherstellung Polens auf demokratischer Grundlage“. In
dieser grundsätzlichen Stellungnahme liegt schon alles mit ein-
geschloffen, was zu dem soeben vollzogenen geschichtlichen Akte
zu sagen ist. Die Sozialdemokratie will ein freies polnisches
Volk, wie sie ein freies deutsches Volk will, in dem gemeinsamen
Besitz staatsbürgerlicher Freiheitsgüter erblickt sie das einzig
feste, zuverlässige Band, das die beiden Völker zusammenhalten
kann, zu friedlichem Wirtschaftsaustausch wie zur Abwehr
drohender Gefahren von außen.

Einstweilen wird man sich der Hoffnung hingeben dürfen,
daß das Manifest von Warschau einen ersten Schritt auf
diesem Wege bedeutet. Die Aussichten für Polen zu einer
wirklichen freien Staatsverfassung zu gelangen, erscheinen
wesentlich gebessert. Eine Nation, der von allen Seiten die
freie staatliche Entwicklung zugesagt ist, eine Nation, die mit
den Ausläufern ihres Volkstums weit in das Gebiet dreier
Großmächte hineinreicht und in der ganzen Welt alte, ge-
schichtlich begründete Sympathien genießt, eine Nation schließ-
lich, deren Vertreter überall mit Klugheit und Fähigkeit für
ihre Ziele zu wirken verstehen — eine solche Nation hat keinen
Grund mehr, an ihrer Zukunft zu verzweifeln.

Das Manifest, das der Großfürst Nikolaj Nikolajewitsch
vor zwei Jahren in Warschau erließ, war voll unklarer, könen-
der Verheißungen. Aber es wurde für die Polen und die
Polenfreunde in Rußland das Signal, um eine fieberhafte
Arbeit zu beginnen, die auf eine Erklärung der polnischen
Unabhängigkeit durch Rußland hinführte. Mit dem Verlangen
der gesetzgeberischen Tätigkeit in Petersburg und mit der Ver-
änderung der Kriegslage wurde diese Arbeit doppelt gegen-
standslos. Auch die Frühjahrsreise der russischen Duma-
deputation nach England, Frankreich und Italien, an der
polnische Abgeordnete als Wortführer ihrer Sache teilnahmen,
hat an diesem negativen Ergebnis nichts geändert, sie hat aber
bei den Teilnehmern den Eindruck hinterlassen, daß von seiten
der Westmächte der Errichtung eines selbstständigen polnischen
Staates nichts im Wege steht.

Das Manifest von Warschau bietet den Polen für ihre
künftige staatliche Freiheit ein noch viel besseres Unterpfand.
Es bildet gewissermaßen ein wertvolles Hauptstück in einer
Kette von politischen Anstrengungen, die alle überall das
gleiche Ziel verfolgen. Und so werden es die Polen auf der
künftigen Staatenkonferenz, die Europa seine neue friedliche
Gestalt geben wird, ausschließlich mit Mächten zu tun haben,
von denen ihnen das Recht auf selbstständige Existenz mehr oder
weniger deutlich zuerkannt worden ist.

Ausführlicheres wird erst zu sagen sein, wenn die Debatte
über die Kriegsziele freigegeben sein wird. Wir nehmen an,
daß diese Freigabe in der kürzesten Zeit zu erwarten ist. In
den wiederholten Debatten über dieses heikle Kapitel hat der
Reichskanzler immer wieder erklärt, daß dem deutschen Volk
vor einer endgültigen Festlegung der Kriegsziele die Gelegen-
heit gegeben werden soll, in voller Freiheit seine Meinung
auszusprechen.

Unendlich viel wird ja auch von der Art der Ausführung
abhängen, von der Bedeutung, die den Worten „konstitu-
tionelle Verfassung“, „selbständiger Staat“, verliehen werden
wird. Je deutlicher sich dabei herausstellen wird, daß dem
polnischen Volk sein Schicksal frei in die eigene Hand zurück-
gegeben werden soll, desto mehr werden auch diese Bedenken
schwinden.

Das letzte Wort wird die Geschichte sprechen. Der Frieden
ist keine einseitige Willensklärung, sondern ein Vertrag.
Möge dieser Vertrag so bald wie möglich geschlossen werden!

Möge er allen Völkern, dem deutschen wie dem polnischen
Volk die Freiheit bringen!

Geschichtlich hat die Zeit von Deutschland und Oesterreich
ausgesprochene Wiederherstellung des selbstständigen polnischen
Staates einen bemerkenswerten Ausgangspunkt. Diese beiden
Mächte — Oesterreich und Preußen — waren es, die im Jahre
1772 die erste Teilung Polens mit Rußland veranlaßten! Da-
durch fiel auch Westpreußen an den preussischen Staat.

Das Zentralorgan unserer österreichischen Genossen, die
in polnischen Fragen gut unterrichtete Wiener Arbeiter-
Zeitung, schreibt am Schluß eines die Geschichte Polens
behandelnden Artikels in richtiger Einschätzung:

„Staatliche Neuschöpfungen entspringen niemals in der Voll-
endung der Idee aus dem Schoße der Geschichte. Sie unterliegen
dem Befehl der Stunde und der Umstände, sie tragen an sich das
Ursprungszeichen der Machtfaktoren, durch die sie werden. In der
Vorstellungswelt der deutschen wie der österreichischen Sozialdemo-
kratie hat ein vielfach anderes Bild des Werdens wie der Gewor-
denen gelebt. Das Geschaffene gehört der Zeit an, und sie muß
sich mit ihm auch bescheiden. Immerhin ist die Wiederherstellung
einer freien Heimstatt für eine der ältesten und geprüften
Nationen Europas eine Tat und die erste positive Gestaltung im-
mitten des Weltkrieges. Wir begrüßen sie um des polnischen Volkes
willen als solche Tat. Einmal gelebt, gehört sie der Geschichte an
und ist bestimmt, aus sich heraus der kommenden Entwicklung zu-
zustreben.“

Am Schluß eines zweiten Artikels, der sich mit der vom
österreichischen Kaiser ausgesprochenen Selbständigkeit
Galiziens beschäftigt, sagt das Wiener Parteiblatt ebenso
zutreffend:

„Die Schwelle einer neuen Zeit, einer neuen Geschichte über-
schreitet heute das polnische Volk. Unermessliche Arbeit liegt vor
ihm und die gewaltigste Kraftanstrengung ist von ihm gefordert,
wenn es der großen Aufgabe gerecht werden will. Möge dem
tapferen Volke, das nie gestorben ist, so oft sein zuckender Leib
auch zerstückelt ward, zu der weltgeschichtlichen Leistung die Kraft
nie fehlen!“

Auf eine Umfrage des Berliner Tageblatt äußerte
Genosse Philipp Scheidemann sich über das neue
Polen:

„Ich wünsche ein vollkommenes freies Polen, und ich wünsche,
daß dieses Polen Deutschlands Freund sei. Aber zur Liebe kann
man keinen zwingen. Brauchen wir Polens Freundschaft, so müssen
wir eine entsprechende Politik treiben. Bindungen, die nicht aus
beiderseitigem freien Willen erfolgen, sind schädlich.“

Auch der Frieden ist keine einseitige Willenserklärung, son-
dern ein Vertrag. Alle Regelungen, die heute getroffen werden,
sind nur vorläufig. Zur Wiederherstellung des Friedens
muß das deutsche Volk alles tun, was mit seiner Selbsterhaltung
und Selbstachtung vereinbar ist. Jeder Frieden wird ihm recht
sein, der kein Frieden der Niederlage ist.

Wie die Polen und die aufgestärkten Russen selbst hassen wir
den Zarismus, aber wir sind durchaus keine Feinde des russischen
Volkes. Wir wollen keine Revanchestimmung des Ostens. Das
wichtigste Ziel ist die Errichtung eines freien Polens nach den Wünschen
des polnischen Volkes selbst und mit Zustimmung aller an den
Friedensverhandlungen beteiligten Mächte. Ob dieses Ziel erreicht
wird, hängt nicht von uns allein ab. Wir wollen nach dem Kriege
mit allen Völkern in Frieden und Freundschaft leben, ganz be-
sonders auch mit einem freien polnischen Volk.“

Aus gleichem Anlaß sprach Genosse Eduard Bernstein
keine Ansicht so aus:

„Die Herstellung Polens, das heißt, die Sicherung der Selbst-
bestimmung und Selbstregierung des polnischen Volkes ist eine
alte Forderung der Demokratie, für die die deutsche Sozialdemo-
kratie niemals unterlassen hat, ihre Stimme zu erheben. Sie ist
das Erbe unserer großen Vorkämpfer Marx und Engels, Lassalle
und Liebknecht, das wir hochgehalten haben, als alles um uns herum
den Gedanken als unmöglich und Schlimmeres verspottete. Wir
haben stets in der Herstellung eines freien, über sein eigenes Ge-
schick bestimmenden Polens eine der unerlässlichen Bedingungen
eines wahrhaft freien Europas erblickt, und was dieser Krieg
offenbart hat, konnte nach meiner Überzeugung die Sozialdemo-
kratie nur in dieser Auffassung bestärken. Wir würden es daher
freudig begrüßen, wenn aus diesem Krieg ein solches freies Polen
hervorginge, und werden es als unsere Aufgabe zu betrachten
haben, nach unseren Möglichkeiten dafür einzutreten, daß der Ge-
danke in der vollen Tragweite der Grundzüge der Demokratie zur
Verwirklichung kommt. Jedes Abweichen von diesen Grundzügen,
jeber Versuch, Polen eine andere Gestalt zu geben, als sie diesen
Grundzügen entspricht, würde sich, das hat die Geschichte gezeigt,
in den Wirkungen als ein Unglück für Europa und für Polen er-
weisen. Nur als ein Bindeglied zwischen den Nationen des Westens
und des Ostens kann Polen in unserer Epoche wahrhaft frei sein
und gedeihen.“

Danziger Nachrichten

Sinfonie-Konzert im Stadttheater.

Unter Leitung des ersten Kapellmeisters Viktor Wollgang Sch warz findet Sonntag, mittags 11 1/2 Uhr, das erste Sinfonie-Konzert statt. Neben L. v. Beethovens Sinfonie Nr. 7 in A-dur, und Franz Liszts „Tasso“ werden Sinfonische Variationen für großes Orchester von Georg Stauber hier zum erstenmal zu Gehör gebracht. — Die Direktion beabsichtigt, im Laufe dieser Spielzeit drei weitere Mittags-Konzerte folgen zu lassen. — Es gelten ermäßigte Preise.

Dritte städtische Volksvorstellung.

Am nächsten Sonntag, den 12. November, nachmittags 3 Uhr, findet im Stadttheater nach vierzehntägiger Pause die dritte von der Stadtverwaltung veranstaltete Volksvorstellung statt. Zur Aufführung gelangt das alle Vorzüge seiner Art aufweisende Lustspiel in drei Aufzügen „Der Herr Senator von F. v. Schönhan und Nadelburg“. Es ist lobenswert, daß der Einheitspreis von 30 Pfennig für jeden Platz, ohne Unterschied des Ranges, beibehalten ist. Wir betrachten es auch als selbstverständlich, daß diese einheitliche Berechnung der Plätze, die nur durch das Los verteilt werden, beibehalten wird. Nach anderer Richtung müssen wir die Bemängelung wiederholen, die wir schon für die beiden ersten Vorstellungen ausgesprochen mußten. Diesmal hatte der Magistrat insgesamt 16 Verkaufsstellen für die Eintrittskarten vorgesehen; sieben befanden sich in der inneren Stadt und neun in den Vorstädten. Auch diese Verteilung hat nicht dafür sorgen können, daß die Karten in der Hauptsache an die arbeitenden Kreise der Stadt abgegeben werden konnten. Gleich nach der ersten Ausgabe der Tagesblätter begann am Dienstag der Kauf. Wir mußten sehr irren, wenn in einer Stelle nach 5 Uhr nachmittags noch Karten zu haben gewesen sind, obwohl sie z. B. der „Volkswacht“-Buchhandlung erst nach 3 1/2 Uhr geliefert wurden. Die naturgemäße Folge sind noch unfreundliche Bemerkungen dieser, d. h. schon so früh ohne Billett abgewiesen werden müssen. So früh dürften die beruflich Arbeitenden nicht im wesentlichen Maße über die Zeit zur Erwerbung von Karten verfügen. Daher sollte sich der Magistrat endlich zu dem Vertriebe der Karten für diese Vorstellungen durch die Organisationen und unter Umständen die Betriebe entschließen. Dazu führen auch noch andere Gründe. Mit Recht wurde in den bürgerlichen Blättern darüber getagt, daß der Andrang zu den sonstigen Vorstellungen des Stadttheaters so groß sei, daß sich daraus ein Uebelstand entwickelte. Nach Bekanntwerden des Spielplans reichten sich die Billettkäufer vor dem Theatergebäude auf. Es wurde deshalb gefordert, daß der Verkauf in einer Weise geregelt werden soll, der die Ansammlungen ausschließt. Wir möchten zur Erklärung dieses Umstandes darauf hinweisen, daß der Andrang zum Theater so stark ist, daß man schon am Sonntag kein Billett — es handelte sich um nummerierte Gallerie — mehr für die Vorstellung am nächsten Sonntage zu kaufen bekommt. Für die Anziehungskraft der Bühne und das künstlerische Streben ihres Leiters ist dies zwar höchst löblich. Für die Besucher aber nicht angenehm. Wenn so der Tagesbesuch des Theaters unter dem Eindruck der Verhältnisse beschränkt wird, mußte um so eher dafür gesorgt werden, daß die Volksvorstellungen so gut wie möglich denjenigen vorbehalten werden, für die sie eingerichtet sind.

Der Arbeiter-Schachklub Danzig hält seine Spielabende in diesem Winter am Freitag jeder Woche abends im Bibliothekszimmer der freien Gewerkschaften, 4. Damm 7, 2 Treppen, ab. Es ist erfreulich, daß der Schachklub einen Kursus für Anfänger eingerichtet hat. Damit ist jedem geistig strebenden Arbeiter die Gelegenheit geboten, das vornehmste der Brettspiele kennen zu lernen. Da der Kursus unentgeltlich ist, wäre rege Beteiligung nur zu wünschen. Alles Nähere ergibt die Anzeige in dieser Nummer.

Hilfskräfte zur freiwilligen Krankenpflege

können sich im Laufe der folgenden Woche werktätlich von 9 bis 1 Uhr vormittags im Oberpräsidium, Zimmer 91, melden. Alles Nähere ergibt die heutige Anzeige.

Danziger Stadttheater

Lannhäuser.

Oper von Richard Wagner.

Wie in allen seinen Werken behandelt Wagner auch im Lannhäuser deutschen Sagenstoff. Jene Mär von dem fahrenden Sänger und Ritter Lannhäuser, der zur Frau Venus in den Hörselberg fuhr, dort der Liebe pflegte und den dann die Menschen und die Kirche für immer von sich stießen und verdammt. Dieser tragischen Geschichte fügt Wagner seine Erkösungsstübe ein. Die Menschen mit ihrer grausamen Moral, die unduldsame Kirche stießen den Irrenden von sich. Durch die aufopfernde Liebe des reinen Weibes Elisabeth wird Lannhäuser jedoch erlöst.

Die Oper entstand im Jahre 1845. Sie hatte lange nicht den Erfolg, den Wagner erwartet hatte. In Paris rief sie 1861 ersten berühmten Theaterstempel hervor, bei dem der adlige Jockeyklub die Aufführung mit Pfeifen und Getrampel fast unmöglich machte. Heute ist Lannhäuser die Lieblingsoper sowohl der Deutschen als auch der Franzosen.

Unter Leitung des Herrn Schwarz erfährt das Werk bei den Aufführungen in der vorigen Woche eine glänzende Wiedergabe. Die Schönheiten der Wagnerischen Musik, die sinnliche Glut der Venusbergsgene, die packende Macht und Leidenschaft des Sängerkrieges auf der Wartburg, die ergreifende Feierlichkeit der Pilgerchöre kamen vollendet zur Geltung. Auch die Sänger und Sängerinnen verdienen durchweg Lob. Fr. Boh als Venus, Fr. Tapsen als Elisabeth,

G. m. b. H. - Speisehallen.

Die Danziger Speisehallen wurden bekanntlich nicht vom Magistrat als städtische Einrichtungen bewirtschaftet. Sie unterliegen einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Nunmehr soll dieses Verfahren geändert und die Speisehallen von der Stadt übernommen werden. Am 7. November beschloß die Vereinigung ihre Auflösung. Die sieben Speisehallen nebst sämtlichen Forderungen und Verbindlichkeiten sind dem Magistrat übertragen. Zunächst führt die Stadt die Hallen in der bisherigen Weise fort. In kurzer Zeit soll dann die Ausdehnung der Volksspeisung zu einer wirklichen Massenspeisung erfolgen.

Der Kriegsaussschuß für Konsumenteninteressen

hatte am 8. November im Gesellschaftshause eine Versammlung, in der Herr Fluhs zunächst Bericht erstattete. Der Kriegsaussschuß ist dahin vorstellig geworden, daß er in der Preisprüfungsreihe des Regierungsbezirks Danzig eine Vertretung erhält. Als Vertreter sollen vorgeschlagen werden die Herren Gehl, Fluhs und Rih. Es soll weiter dahin gewirkt werden, daß für die Milch Erzeuger Höchstpreise von dem Herrn Regierungspräsidenten festgesetzt werden und für Danzig keine Erhöhung des Preises für Vollmilch und Magermilch erfolgt. Ferner wurde gewünscht, daß auch Enten und Gänse in die Fleischkarte mit einbezogen und Höchstpreise festgesetzt werden. Wenn für das Pfund Speckgans 12 Mark gefordert wird, dann solle wegen übermäßiger Preissteigerung eingeschränkt werden. Dadurch, daß die Preise so hoch geschraubt werden, wird der Anreiz gegeben, die Gänse und Enten mit wertvollen menschlichen Nahrungsmitteln zu füttern. Der Bevölkerung wird also Getreide und Kartoffeln entzogen, damit unbezahlbares Federvieh auf den Markt kommt. — Es wird von verschiedenen Rednern darauf hingewiesen, daß verlust wird, die Kohlenpreise zu steigern. Es würden Kohlen frei Danzig der Zentner für 1,30 Mark geliefert, da genüge der bisherige übliche Preis für den Kleinhandel. Gewünscht wurde die Vorschrift, daß Kohlen nur nach Gewicht verkauft werden dürfen. — Beklagt wird das Verschwinden der Gerste — Gröhe und Graupe seit der Herabsetzung des Höchstpreises und das gleichzeitige Auftauchen von Gerstenmehl zu einem doppelt so hohen Preise. Es wurde die Vermutung ausgesprochen, daß Gröhe und Graupe zu Gerstenmehl vermahlen wurde, um das Gesetz zu umgehen. Es wurde eine Untersuchung und Festsetzung eines Höchstpreises von 30 Pfennig für das Pfund Gerstenmehl gewünscht. Von einem Herrn wurde die Aufmerksamkeit darauf hingelenkt, daß vom Bahnhof Vegetor jetzt auffällig viel Lebensmittel nach außen geschafft werden sollen. Es bestche mithin die Möglichkeit, daß für die Danziger Bevölkerung bestimmte Waren von Händlern wieder fortgeschickt werden. — In Bezug auf die Gerste wurde auch darauf hingewiesen, daß man 230 Gramm Gerste oder Gröhe nicht erhalte, wohl aber überall in jeder Menge den Liter Bier, der aus dieser Gerstenmenge hergestellt worden ist. Deshalb sollte es Bier nur gegen eine Grühenkarte geben. — Eingehend wurde auch der städtische Großmarkt für Gemüse und Obst besprochen. Es wurde darüber geklagt, daß insbesondere die Äpfel in erster Reihe die meisten in großen Mengen an Großhändler verkauft werden und was dann übrig bleibe, erhalten die Kleinändler und die andern Käufer. Es handelte sich um eine gemeinnützige Einrichtung, die jedermann gleichmäßig zur Verfügung stehen sollte. Man müßte in erster Reihe diejenigen befriedigen, die einzelne Zentner kaufen wollen, nicht umgekehrt. Weiter wurde gewünscht, daß der Großmarkt weniger die teuren Tafeläpfel, als die billigen geschüttelten Äpfel dem Publikum zur Verfügung stellt, denn die Tafeläpfel könne man ja zum Einlösen nicht kaufen. Gewünscht wurde auch der Verkauf in Mengen unter einem Zentner.

Ausländische Äpfel.

Die vor einiger Zeit festgesetzten Höchstpreise für Äpfel unterschieden zwischen Fallobst und Tafelobst. Der Preisunterschied betrug etwa 5 Pfennig. Die Folge war, daß

es fast nur noch Tafelobst gab. Es gibt aber keine Höchstpreise für ausländische Äpfel. Und nun sieht man, wie bürgerliche Blätter klagen, wieder in erheblichem Maße Auslandsäpfel angepriesen. Es wird z. B. in der Danziger Zeitung gelagt, daß es gemeinschädlich sei, wenn durch diese Auslandsware die inländischen Preise wucherisch gesteigert würden. Auch würde durch solche Ware mit höherem Preise der Unredlichkeit Tür und Tor geöffnet. Wenn diese fremden Äpfel zu höherem Preise verkauft werden dürften, dann gäbe es in Zukunft nur noch Auslandsäpfel. Es sei daher besser, wenn man uns mit dieser Ware verschone und dafür Sorge, daß die deutschen Äpfel nicht zurückgehalten würden. — Diese Auffassung hat gewiß viel für sich und es wird wenige Verbraucher geben, die ihr nicht zustimmen. Wenn man sich aber deutscher über diese „ausländischen“ Äpfel äußern sollte, kann man vielleicht ohne Irrtum meinen, daß sie gar nicht fremd, sondern echt deutsch sind! Sie haben wahrscheinlich nur die bloß im Namen weitläufigere Verwandlung durchgemacht, die man früher vom Fall zum Tafelobst beobachten konnte. Dieser unangenehmen Preistreiber sollte durch Ausdehnung der Höchstpreise auf alle auf den Markt kommenden Äpfel und durch Beschlagnahme der zurückgehaltenen Ware ein schnelles Ende bereitet werden.

Zwiebelhöchstpreise sind durch Verordnung des Stellvertreters des Reichskanzlers festgesetzt worden. Die Kleinverkaufspreise sind auf höchstens 14 Pfennig für ein Pfund für die Zeit bis zum 14. November 1916 vorsehen und steigt dann monatlich um je 1 Pfennig, bis sie am 15. April 1917 20 Pfennig erreichen dürfen. Für besondere Zwiebelarten können Ausnahmen zugelassen werden. Die Höchstpreisfestsetzung ist begleitet von einer Bestimmung, die eine Enteignung der Zwiebeln zuläßt und eine Auskunftsspflicht vorschreibt.

Da die Zwiebelarten in diesem Jahre durchaus nicht schlecht war, ein Mangel an Zwiebeln also nicht besteht, wird man erwarten dürfen, daß nun auch die Zwiebeln dem Markte nicht ferngehalten werden. Sollte dies trotzdem der Fall sein, so müßte rücksichtslos mit der Beschlagnahme vorgegangen werden, damit nicht große Mengen Zwiebeln durch Verderben der Ernährung entzogen werden.

Unentgeltliche Gemeindefolgen. Die Gemeinde Friedrichsfelde-Karlshorst beabsichtigt, ihren bedürftigen Bewohnern Leder unentgeltlich zu liefern. In einer Versammlung der Schuhmachermeister der Gemeinde teilte der Bürgermeister Ungewitter diesen Plan mit und gab gleichzeitig die Bedingungen bekannt, unter denen die Gemeinde Sohlenleder überwiesen erhält. Es wird beabsichtigt, den bedürftigen Einwohnern Sohlenleder unentgeltlich zu liefern und außerdem die Kosten des Besohlens zu übernehmen. Minderbemittelte erhalten ebenfalls Sohlenleder unentgeltlich, die Gemeinden zahlen ihnen außerdem die Hälfte der Kosten des Besohlens.

Sozialdemokratischer Verein Danzig-Stadt

Die am 6. November im Bürgergarten abgehaltene Generalversammlung bestätigte nach längerer Auseinandersetzung das Protokoll unverändert als richtig. Vertreter der Minderheit forderten die in der letzten Versammlung vorgenommene Ergänzungswahl der Pressekommission als unzulässig an. Die Versammlung erkannte auch diese Wahlen mit erheblicher Mehrheit, 50 gegen 30 Stimmen, als richtig an. Genosse Gehl gab dann die Abrechnung für das III. Quartal. Die Entlastung wurde einstimmig erteilt. Darauf referierte Genosse Wende-Bromberg über den historischen Materialismus. In seinem Vortrage gab er eine gut ausgearbeitete Uebersicht der entscheidenden Gesichtspunkte der verschiedenen Weltanschauungen. Ausführlich verbreitete er sich über die von Marx und Engels wissenschaftlich begründete historisch-materialistische Geschichtsauffassung. In der Debatte wurde keinen Ausführungen, die sich sogar bei diesem Stoff um Mehrheit und Minderheit drehen, in der Hauptsache zugestimmt. Nur ein Sprecher wandte sich gegen den Referenten. Erst um 12 Uhr endete die Versammlung.

Die Stadtverordnetenwahlen der zweiten Abteilung

schiene der Harmonie bei den vereinigten bürgerlichen Parteien wieder schädlich zu sein. Die schöne Uebereinstimmung

herr Stein in der Titelrolle, Herr Seebach als Landgraf und Herr Schimmel als Wolfram von Eschenbach. Die Chöre gelangen ausgezeichnet. Um die Inszenierung hat sich Herr West wohlverdient gemacht.

Martha.

Oper von Flotow.

Zu den am häufigsten gespielten deutschen Opern gehört noch heute Martha des Meidenburgers von Flotow (1812—1883). Bereits 1847 erfolgte die Uraufführung. Trotzdem die erste Kritik ihre Schwächen immer gezeigt hat, sie als oberflächliche Arbeit tadelte, hat sie sich bis heute in der Gunst des großen Publikums erhalten. Sie hat trotz mancher Schwächen auch reiche Vorzüge. Vor allem schmeichelnde Melodien und die eigenartige Verbindung jechnuchtsvoller Komantik mit burleskem Humor.

Unter der sicheren und geschickten Leitung des Herrn Heidenreich kamen die Schönheiten der Flotowschen Musik voll zur Geltung. Die Titelrolle sang Fr. Stein vom Stadttheater Graz als Gast auf Engagement. Die Durchführung der Rolle bewies ihre reichen und schönen stimmlichen Mittel.

Durch einen angenehmen weichen Tenor riß Herr Hömmler das Publikum zu stürmlichem Beifall hin. Gesanglich und durch munteres Spiel mußten Fr. v. Czarliska und Herr Seebach das Liebespaar Vauci-Blankett gut dazustellen. In den kleineren Rollen als Lord, Tristan und Richter betätigten sich die Herren West und Harder aufs

Beste. Die Chorgesänge gelangen sicher und gut, die Spielleitung war bei Herrn West in bewährten Händen.

Die rätselhafte Frau.

Lustspiel von Reinert.

Sie ist eigentlich gar kein so rätselhaftes Wesen, diese Frau Eva eines Fabrikanten. Sie ist vielmehr eine jener Frauen der wohlhabenden Kreise, denen die Liebeserlebnisse einziger Lebensinhalt sind. Deshalb läßt sie sich von ihrem Manne scheiden, weil ihr seine — Nase nicht mehr gefällt. Sie heiratet den Rechtsanwalt, der ihr bei der Ehescheidung zur Seite stand. Aber auch diese Liebe ist nicht von Dauer. Als sie mit dem ersten Gatten wieder zusammentrifft, will sie mit ihm durchbrennen. Schließlich erwacht in ihr aber auch der Schrei nach dem Kinde. Sie hofft, durch ein Kind das bisher vermählte Glück zu finden und bleibt bei ihrem jetzigen Gatten. Beständiger als ihr „Liebe“ zu ihrem Gatten bleibt die Zuneigung zu ihrem Hausfreund. Das Stück ist flott geschrieben, der Dialog glänzend und witzig. Die Personen sind gut gezeichnet. Wenn eine Kritik meinte, das Stück sei unruhig, da die „rätselhafte Frau“ nicht mehr die deutsche Frau von heute sei, deren Leben durch den Weltkrieg neuen Inhalt erhalten habe, so trifft diese Anschauung sicher nicht zu.

Es erübrigt sich, hier auf die Leistungen im einzelnen einzugehen. Genug, daß alle Darsteller sich durch charakteristisches und flottes Spiel auszeichneten. Das Haus war sehr belustigt und spendete lebhaften Beifall.

hat aber schon seit Jahren nur für die dritte Abteilung bei der Bekämpfung der Sozialdemokratie Stellung gelehrt. Der Haus- und Grundbesitzerverein beschäftigte sich am 3. November mit der Aufstellung von Kandidaten. Dabei förderten die Vertreter der Bürgervereine, besonders der Stadtvereine, die Aufstellung, daß Stadt- Holzkübel in der zweiten Abteilung aufgestellt werde, weil man ihn in der dritten doch nur bescheid geopfert habe, um ein Kompromiß gegen die Sozialdemokratie fertig zu bringen. Dabei sprachen die Vertreter der Bürgervereine ganz offen aus, daß ihre Stadtverordneten die Hausbesitzer im Rathaus nie im Stich gelassen hätten. Bei der Wahl in der dritten Abteilung hat man von einem solchen Bekenntnis leider noch nichts gehört. Stadt- Kowalek protestierte auffälliger Weise gegen die Wiederwahl des Stadt- Kowalek. Auch die liberale freie Vereinigung verlangte für den verstorbenen Rumpfburg die Aufstellung ihres Kandidaten Siebenfreund. Schließlich wurde die bereits aufgestellte Kandidatliste dem vorbereitenden Ausschuss zurückgegeben. Inzwischen scheint es doch wieder zu einer Verständigung gekommen zu sein, bei der Holzkübel aber wieder „geopfert“ geblieben ist. Es sollen nun wiedergeählt werden: Bauer, Castel, Elm, Kawalkund und Eimson. Neugewählt werden: Häckermeister Banjemer, Maurermüller Jakobowski, Kaufmann Scheller, Architekt Schmidt und Kaufmann Siebenfreund. Es ist nicht genau zu übersehen, ob hierdurch die zentrumskonkretive Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung endgültig gesichert worden ist. Schließlich war das doch die entscheidende Absicht für die Vereinigung der bürgerlichen Gruppen gegen die Sozialdemokratie.

In Schachhaft genommen
wurde Genosse H. Schröder am 6. November nachmittag.

Reichstagsabgeordneter Weinhausen
sprach am letzten Sonntag in einer Mitgliederversammlung des liberalen Vereins im Bildungsvereinshaus über: Deutschland im dritten Kriegsjahre. Seine Ausführungen hielten allgemein nichts besonderes. Die Kriegslage hält er mit Hindenburg überall für günstig. Die Freirede der politischen Erörterungen wünscht er, um die verfechtete Bekämpfung der Regierung zu erleichtern. Die radikale Beseitigung der Feindes will er, im Gegensatz zur Sozialdemokratie, nicht. Dagegen fordert auch er die Aufhebung der jetzt geltenden Bestimmungen über die Schachhaft. Ueber die Ernährungsschwierigkeiten in Danzig hat er die Meinung, daß auch hier alle verantwortlichen Stellen ihr Bestes täten. Sehr erheitert sprach er über die von der Sozialdemokratie beantragte und vom Reichstag beschlossene Erhöhung der Unterstützungssätze der Kriegerfamilien. Leider hatte er wieder keine Worte für das Bevormundungssystem in Danzig, das den Kriegerfamilien keine Zuschüsse, sondern nur auf Antrag bei Bedürftigkeit Zuwendungen gibt. Die Proklamierung des Königreichs Polen ist ihm ein Unterpfand des nötigen Sieges. Es sprachen dann noch der Landtagsabgeordnete Uehredaateur Dr. Hermann und Landtagsabgeordneter Stadtdirektor Schmiljan. Dieser wendete sich vornehmlich gegen die in der Stadtverordnetenversammlung ausgesprochene Meinung, daß die Abgeordneten nicht genügend für die hiesige Bevölkerung täten. Die Reichstagsstelle benachteilige Danzig leider. Während die Berliner Bevölkerung 250 Gramm Fleisch pro Woche erhalte seien es in Danzig in vielen Wochen nur 125 Gramm und nur einmal 200 Gramm gewesen. Diese Unberechtigtheiten dürften nicht vorkommen.

Zu den besonderen Ausführungen des Abgeordneten Weinhausen fanden uns ein nichtsozialdemokratischer Teilnehmer der Versammlung folgende Zuschrift:

Hier als Stimmungsmacher.
Herr Abgeordneter Weinhausen sprach in seinem Vortrage am Sonntag im Bildungsvereinshaus in Danzig auch von der Biersteuerung und berichte, daß er selber das Bier trinken könne, daß es aber notwendig sei, um die Waffe dabei die Stimmung zu erhalten. Er meinte weiter, daß man auch Rücksicht auf die Brauindustrie nehmen müsse. Er wollte deshalb nicht weiter gehen, als bis zu einer Erhöhung der Biersteuerung auf 25 Prozent der Menge des Bieres.

Die einzige Partei, die bisher in der Alkoholfrage eine klare Stellung genommen hat, bei der wir das Alibi in einigem Maße annehmen können, ist die sozialdemokratische Partei. Sie steht nämlich für die Bekämpfung der Brauindustrie mit notwendigen Lebensmitteln über das Kommando Schnaps, Wein und Bier. Hier in Danzig erhalten wir von unserer Zeit keine Biersteuerung, wir erhalten aber in jeder Woche an mehreren Stellen ohne Ansehen der Person Biersteuerung. Nur auf einen Brief bezogen auf dem Sofa liegend Biersteuerung haben wollen übernommen. Zur Herstellung von einem Liter Bier sind aber 100 Liter Wasser verbraucht worden. Der alte ein Liter Bier enthält nur noch etwa 250 Gramm Wasser. Die Brauindustrie hat, ohne Bier kann man nicht leben, ohne Wasser aber nicht. Und es soll uns nicht scheuen, daß uns diese Biersteuerung ferngerichtet wird, nur deshalb weil — einige Stellen des Bier brauchen wir, um die notwendige Stimmung zu erhalten! — Wir meinen, daß die Biersteuerung doch beängstigend hoch liegen würde, wenn sie ständig von der Erhebung durch Biersteuerung. Wir hoffen, daß die Arbeitervereine und andere bürgerlichen Organisationen und Männer, die Sorge wegen Kartoffeln, Wein und Grüns zu haben. Es wäre für die Biersteuernden Herren doch recht angenehm, wenn sie so schnell vorüber gingen. Also der Biersteuerung wegen brauchen wir kein Bier.

Was man die kapitalistische Biersteuerung durch die Bekämpfung der Brauindustrie in dieser Zeit an Lebensmitteln und Wasser zu unterstützen. Die Brauindustrie sollte sich auch die Brauindustrie auf den Krieg einlassen. Die Brauvereine haben nämlich bereits den Weg gezeigt. Sie haben sich der Herstellung von Getränken angenommen, die für den notwendigen Nahrungsbedarf sind. Wenn man die Brauindustrie weiter umgestaltet werden. Die Brauvereine können die Brauindustrie weiter umgestalten.

nehmen und für genannte Zwecke verwenden. Durch das Verbot von Gemüse kann der Gemüseverbrauch stark gehindert werden, weil das Gemüse dann bis zum nächsten Frühjahr und Sommer müßig bleibt, bis neues Gemüse auf dem Markt erscheint. Der Ausbau von Gemüse würde dadurch eine fruchtige Förderung erfahren.

Stadtrat Heba
hat auf seine Wiederwahl verzichtet. Seine Amtszeit als unbesoldeter Stadtrat endete in diesem Herbst. Mehrere Jahrzehnte hat er das Amt bekleidet. Jetzt lehnte er es ab.

Verhaftungen wegen Kriegswucher
Am 2. November wurden auf Veranlassung des Kriegswucherkommissars in Berlin der hiesige Kaufmann Alfred Prang und der Generalagent Gustav Rasch verhaftet. Beide sollen an den riesigen Getreidegeschäften zwischen Westpreußen, Posen und Berlin beteiligt sein. P. wurde schon im Sommer der Handel vom hiesigen Polizeipräsidenten verboten. Später fiel es auf, daß er in Posen ein Gut für etwa eine halbe Million Mark kaufte. Prang führte als Großkaufmann ein Getreidegeschäft in der Hopfengasse.

Neue Verordnung über Flachstroh.
Am 16. November 1918 ist eine Bekanntmachung, betreffend Beschlagnahme, Verwendung und Veräußerung von Flach-, und Hanfstroh, Bastfasern (Gute, Flach-, Ramm-, europäischer und außer-europäischer Haut) und von Erzeugnissen aus Bastfasern erlassen. Die anstelle der beiden bisherigen Bekanntmachungen W. III. 3500-7. 16 KRA, betreffend Beschlagnahme von Bastfasern und Erzeugnissen aus Bastfasern, und W. III. 300.6. 16. KRA, betreffend Beschlagnahme und Bestands-erhebung von Flach- und Hanfstroh getreten ist. Die neue Bekanntmachung ist hauptsächlich eine einheitliche Zusammenfassung der bisher in den beiden vorgenannten Bekanntmachungen aufgestellten Bestimmungen, soweit sie noch von Bedeutung sind. An neuen Bestimmungen sind im besonderen wesentlich die Herabsetzung der für die Veräußerung und Lieferung von Abfällen im freien Verkehr erlaubten Mengen von 10 000 Kilogramm auf 6000 Kilogramm, sowie die Vorschrift, daß die Veräußerung und Lieferung derartiger Abfälle nicht mehr an Bearbeiter von ihnen zulässig ist. Der Wortlaut der Bekanntmachung, die noch einige weitere Abweichungen von den bisherigen Bestimmungen enthält, ist in den Amtsblättern, in den Kreisblättern und öffentlichen Anschlägen einzusehen.

Aus Westpreußen
Reichstagsabgeordneter H. Mollenbuhr in Elbing
Noch immer steht der Krieg im Mittelpunkt der Betrachtungen aller Denkenden. Um ihn und seinen Ausgang freilich die Fragen nach der Zukunft und der Gestaltung unseres Schicksals. Volk, Krieg und Frieden ist das Thema, das alle Volksangehörigen lebhaft bewegt. Einer der bekanntesten Führer der deutschen Sozialdemokratie, Genosse Hermann Mollenbuhr aus Berlin wird Donnerstag, den 16. November, abends 8 Uhr, im großen Saale des Elbinger Gewerbehäuses hierüber einen Vortrag halten. Mollenbuhr gehört zur alten Garde der Partei, die den Beweis geliefert hat, daß das Proletariat politisch führende Männer hervorbringt. Der Besuch der Versammlung muß der Bedeutung entsprechen, die die Arbeiterchaft der Industriestadt des deutschen Ostens besitzt. Der Zutritt steht Männern und Frauen ohne Unterschied der Gefinnung frei.

Lebensmittelfragen im Elbinger Rathaus

In der Stadtverordneten-Versammlung am 20. Oktober stand unter anderem die Versorgung der Stadt mit Lebensmitteln auf der Tagesordnung. Hierzu hatte die sozialdemokratische Fraktion folgende Anfrage gestellt: Was denkt der Magistrat zu nun, um die Versorgung der Elbinger Bevölkerung mit Lebensmitteln sicherzustellen?
Zunächst ergreift der Oberbürgermeister das Wort und bemerkt, daß auch der Magistrat ein Interesse daran habe, über die Nahrungsmittelversorgung einige aufklärende Mitteilungen zu machen. Der freie Handel sei so gut wie ausgeschlossen. Die Versorgung würde im allgemeinen durch die Zentralstellen in Berlin statt. Wenn den Magistratsmitgliedern nachgefragt werde, sie seien in ausreichendem Maße mit Lebensmitteln versorgt, so sei das falsch. Unter anderem bilde den Hauptgegenstand die Sorge um die Kartoffeln. Das Elbing so schwer mit Kartoffeln versorgt werde, sei auf die späte Ernte, die späte Selbstbestellung und den Mangel an Arbeitskräften zurückzuführen. Auch lasse die Ernte viel zu wünschen übrig. Mit der Futtermittelversorgung stehe es so, daß Herr Scharfetter und Penner den größten Teil ihrer Erzeugnisse der Zentralinstitutionsgesellschaft überlassen müssen. Die Brot- und Mehlversorgung sei nach seiner Ansicht in geordnete Bahnen geleitet worden. Für die Milchversorgung stehe eine neue Verordnung in Aussicht. Die Fleischversorgung sei ebenfalls soweit eingerichtet, daß im Durchschnitt pro Woche 200 Gramm pro Kopf abgegeben werden könnten. Bedauerlich sei, daß mit dem Augenblick, wo die Regelung der Eierfrage erfolgte, keine Eier mehr zu haben waren. Sollten weitere Notstände eintreten, dann soll eine Massenpelleikanstalt eingerichtet werden.

Zur Begründung der sozialdemokratischen Interpellation betonte Genosse Finsel, daß in den Kreisen der Arbeiterchaft die Auffassung herrsche, daß die Beschaffung von Lebensmitteln durch den Magistrat nicht mit der nötigen Energie betrieben worden sei. Wäre dies der Fall gewesen, so wäre es unmöglich gewesen, daß sich solche Vorgänge, wie sie sich am 14. Oktober abspielten, ereignen konnten. Selbstverständlich wisse auch die Arbeiterchaft, daß Deutschland einer belagerten Festung gleiche. Er bedauere, habe bereits in der ersten Stadtverordnetenversammlung nach Ausbruch des Krieges darauf hingewiesen, daß die Versorgung mit Lebensmitteln auf Schwelgereien hinaus werde.

Er wolle nicht wiederholen, was damals vom Magistrat geantwortet worden ist. Es sei aber so eingetroffen, wie er Finsel es vorausgesetzt habe. Der Magistrat müsse unermüdet alles aufbieten, damit die notwendigsten Lebensmittel für die Arbeiterchaft beschafft würden. Sie müßten aber zum Selbstkostenpreise an die Bevölkerung abgegeben werden. Vor allem sei es notwendig, daß Fett herbeigeschafft werde. Seine Freunde seien bereit, dem Magistrat die dazu erforderlichen Mittel zu bewilligen. Mit allen Kräften müsse der Ausbau der Massenpelleikanstalten sofort in Angriff genommen werden. Dargig habe damit bereits begonnen. Finsel ging dann auf die Ausführungen des Oberbürgermeisters ein. Was dieser gesagt habe, sei recht wenig. Es habe den Anschein, als ob alles beim alten bleiben solle. Aus den letzten Vorgängen scheine der Magistrat nichts gelernt zu haben. Das sei recht bedauerlich. Der Magistrat solle bedenken, daß Elbing eine Arbeiterstadt sei mit starker Industrie. Die Arbeiterchaft leide jetzt schon an Unterernährung, die noch zunähme, wenn die Versorgung mit Lebensmitteln keine bessere werde. Bei den jetzigen Verhältnissen werde die Leistungsfähigkeit der Arbeiter stark beeinträchtigt, woran niemand ein Interesse haben könnte. Wenn der Magistrat sich rechtzeitig an das Generalkommando gewendet hätte, so wäre die Stockung der Kartoffelzufuhr nicht eingetreten. Die Tätigkeit des Stadtrats Fursch auf diesem Gebiete sei wohl anzuerkennen, aber er sei doch machtlos gegenüber den Vordrägen. Es müsse unbedingt dafür gesorgt werden, daß die Elbinger Arbeiter wöchentlich ein halbes Pfund Fleisch erhalten. Ein unhalbbare Zustand sei es, daß das Brot in Elbing teurer sei als in Danzig. Es würde viel zur Beruhigung der Arbeiterchaft beitragen, wenn der Preis erheblich herabgesetzt werden würde. Die Behandlung des Publikums durch einige Beamte sei sehr unfreundlich. Dieser Zustand müsse sofort geändert werden. Redner führte hierfür mehrere Fälle an. Dazu sei die Bevölkerung nicht da, sich stundenlang auf den Straßen in Wind und Wetter herumzutreiben, um Lebensmittel zu erlangen und sich abendhin noch schroff behandeln zu lassen. Die Beamten seien für das Publikum da, aber in Elbing sei das umgekehrt. Um den Preistreibern wirksam entgegenzutreten, sei es notwendig, daß Sachverständige mit der Kontrolle der Lebensmittelpreise beauftragt würden. Zum Schluß brachte dieser Redner noch Beschwerden der Arbeiter bei Schichau über die Verteilung von Brotzusatzmarken vor. Er erbat um gleichmäßige Verteilung. Die Zusatzmarken dürften nicht durch die Meister verteilt werden; jeder Arbeiter sollte diese Marken in die Bohndüte gelegt bekommen.

An der Debatte beteiligten sich noch die Genossen Braun, Rinke, Schottke und Lange. Genosse Rinke machte darauf aufmerksam, daß billiges Fleisch in Schillingsbrücke zu haben sei und fragte, warum das nicht auch in Elbing möglich wäre?

Die Ausführungen unserer Genossen veranlaßten den Herrn Oberbürgermeister zu wiederholten Entgegnungen. Besserung versprach er wegen des Verhaltens der Beamten.

An die öffentliche Sitzung schloß sich eine geheime, in der die Vorgänge, die sich am 14. Oktober abspielten, zur Sprache gebracht wurden. Auch hier haben unsere Genossen die Interessen der Elbinger Bevölkerung zu wahren verstanden. Die Sitzung zog sich bis nach 10 Uhr abends hin.

Wie uns mitgeteilt wird, hat die Preisprüfungs-kommission den Genossen Finsel mit der Kontrolle der Lebensmittel beauftragt.

Danzig. Der Raubmord in Braust, dem am 5. d. Mts. die 26-jährige Ehefrau des russisch-polnischen Saisonarbeiters Andrzejewski auf grauenhafte Weise zum Opfer fiel, wird in der letzten diesjährigen Schwurgerichtsperiode, Anfang Dezember, zur Verhandlung kommen. Als der Tat verdächtig wurden damals sofort verhaftet der gleichaltrige Chemann der Ermordeten sowie sein ebenfalls auf derselben Arbeitsstelle beschäftigt gewesener Neffe. Zunächst leugneten beide die Tat ganz entschieden, dann beschuldigten sie sich gegenseitig. Im Geständnis hat bis heute noch keiner abgelegt. Der gegenwärtige Stand der Voruntersuchung ist aber soweit gediehen, daß infolge des schweren Belastungsmaterials die Anklage gegen den Chemann Josef bestimmt erhoben, es dagegen noch zweifelhaft erscheint, ob sie auch auf den Neffen Wladislaus ausgedehnt werden kann.



Unsere Marine
Cigarette
2 1/2 Pf.
einschliesslich Kriegsaufschlag
Trotz Steuererhöhung behalten unsere Zigaretten ihre alten anerkannten Qualitäten.
Georg A. Jasmatzi Aktiengesellschaft

vorgeschwebt wären, denn ich habe mich nach dieser Richtung genau umgesehen und nach Schattenseiten geseht.

Da ist zunächst die große Massenpreissenkung an der Kochstraße, Bahnhof Alexanderplatz. Dort werden täglich in der Zeit von 12 bis 2 Uhr mittags über 4000 Personen gespeist. Das Essen besteht aus einem Liter Suppe oder Gemüse mit ein wenig Fleisch oder Hering zum Preise von 40 Pfennig. Der geträumte, gut durchwärmte Stadtbahnhofen ist abgeteilt für Schulkinder und Erwachsene. Das „Schanzengrün“ bringt sich jedermann selbst mit, auf den Tischen stehen große Krüge mit irischem Whisky und Traktbecher, Salzlächer, sogar je ein Blumenstrauß. Gleich nebeneinander sind die mächtigen Kochherde, sowie die modernsten Maschinen mit elektrischem Antrieb zum Wäpfen und Anrichten der Gemüse und Kartoffeln aufgestellt. Man wird von sauberen Frauen bedient und erfreut sich an der überall herrschenden Ordnung und Reinlichkeit. Die von mir bemerkte Schattenseite besteht darin, daß bei der geringen Zahl dieser Anstalten nur ein kleiner Prozentsatz derjenigen, die leider nur 40 Pfennig für ein Mittagessen aufwenden können, von der Einrichtung Gebrauch machen kann. Mir fehlte also in der Hauptsache der allgemeine Charakter.

Im anderen Tage besichtigte ich die sogenannte Mittelstands Küche an der Potsdamer Brücke. Hier war ebenfalls kein Nächstes mehr frei zum Essen. Es gab Suppe, Gemüse, Braten und Kompott zum Preise von 75 Pfennig. Das Essen war freilich für einen Arbeiter etwas knapp, ich habe aber auch keine solchen sehen. Meiner Schätzung nach waren die Köche Handlungsgehilfen und -gehilfinnen, Beamte, Lehrerinnen und vielleicht auch solche Leute, welche sich gewöhnlich zu den besseren Ständen rechnen; ich glaube sogar Brillanten bemerkt zu haben. Jedenfalls habe ich beim Vergleich mit den Spielarten verschiedener Restaurants das Gebotene für mich als halb gezeichnet bezeichnen müssen, was ich bei der zuerst gezeigten Volksküche nicht gerade sagen konnte. Die Zubereitung und Abgabe der Speisen erfolgt unter persönlicher Mitwirkung von Damen der Gesellschaft, bedient wird man von Soldaten. Die von mir bemerkte Schattenseite war wieder was ausschließlich das Festen des allgemeinen Charakters.

Zum Dritten wird in den städtischen Krankenhäusern für die Angehörigen der Krankenkassen, welche auf Grund eines ärztlichen Zeugnisses zugelassen sind, Krankenkost verabreicht. Das städtische Krankenhaus im Friedrichshain speist täglich über 600 Personen. Es gibt Form I, das ist Diabetikerdiät, zu 75 Pfennig; Form II, ganze Kost, auch 75 Pfennig; Form III, 3/4-Kost, zu 50 Pfennig für das Mittagessen. Alles ist appetitlich, gut und sehr billig. Was mir nicht gefiel? Die Beschränkung auf eine gewisse Zahl von Kranken.

Ich möchte wünschen, daß bei dieser Frage der allgemeine Charakter nicht zu kurz kommt.

Es kann auch kein Zweifel darüber bestehen, daß die allgemeine Zwangsallgemeinpreisung das wirksamste Mittel zur Hebung der Ernährungschwierigkeiten ist.

Milchfrage?

In unserer am 28. Oktober erschienenen Nummer 48 machten wir in einem Artikel die Erhöhung der Milchpreise darauf aufmerksam, daß eine „Minderung“ des Milchpreises zu erwarten stehe. Der gegenwärtige Höchstpreis für den Liter Vollmilch beträgt 28 Pfennig und für Magermilch 14 Pfennig. Die Erzeuger sind aber beim Verkauf an den Händler in keiner Weise gebunden. Sie erhalten etwa 23 Pfennig für den Liter Vollmilch. Seit längerer Zeit ist man aber bemüht gewesen, höhere Preise zu erlangen. Dabei sind die 23 Pfennig Erzeugerpreis gegen den Friedenspreis für Vollmilch von 10—13 Pfennig schon eine Steigerung von 100 Prozent. Sogar für Berlin, wo erhebliche Transportwege in Frage kommen, ist der Erzeugerhöchstpreis auf 25 Pfennig festgesetzt. Trotzdem bestehen bei den Milchproduzenten Reizungen den schon hohen Preis für Vollmilch und den für Magermilch gar um 100 Prozent zu erhöhen. Nach der Regelung des Vollmilchbezuges, der leider nur in der Weise erfolgen konnte, daß Kinder unter 6 Jahren und Kranken usw. auf ärztliche Verordnung beschränkte Mengen Vollmilch erhielten, erklärte sich der Magistrat bereit, die den Erzeugern übrig bleibende Milch für den Händlerhöchstpreis von 28 Pfennig abzunehmen. Darauf erschien in der Nummer 258 der Konfessionen Danziger Allgemeinen Zeitung am 2. November folgendes Anferat:

Auktion.

Wegen Mangel an Milchablag stelle ich am 15. November d. J., von 10 Uhr vormittags ca. 80 Milchkühe tragend, hochtragend und frischmilchend, zum Verkauf. Regal, Weichhof bei Langfuhr.

Ueber diese bei dem leider bestehenden Mangel an Vollmilch geradezu aufreizende Ankündigungen wurden sogar die Danziger Neuesten Nachrichten sehr ungeschaltet. Sie fragten am 3. November, ob man sich „eine ärgere Verhöhnung der Bevölkerung Danzigs“ denken könne, die in vielen Wochen stundenlang vor den Täden gewartet habe, um ein wenig Milch zu erlangen. Weichhof liege nur eine halbe Stunde von Danzig. Man habe dort also wissen müssen, welche Schwierigkeit die Milchversorgung dem Magistrat gemacht habe. Das Blatt teilte mit, daß der Besitzer Regal nach der Milch-

regelung vom Magistrat gefordert habe, daß er an seinen Kunden weiter liefern dürfe. Die Neuesten Nachrichten meinten mit vollem Recht, dieser Fall sei ein Schulbeispiel dafür, wie ein Landwirt zu handeln vermöge, dem die ganze Richtung nicht passe. Sie forderten daher rückhaltloses Vorgehen gegen den Besitzer und die militärische Bewirtschaftung seines Gutes. Am 4. November teilte das Blatt mit, daß Regal die Milch jetzt doch an die von der Stadt bezeichneten Molkereien liefere. Es dürfte daher der Verkauf der Kühe nicht mehr zu erwarten sein. Dazu teilt es ein ihm von L. zugegangenes Schreiben mit, das wenigstens indirekt für die Gründe dieses ungewöhnlichen Streits sehr bezeichnend ist. Es wird darin die Hauptschuld für die unterbliebene Verständigung mit der Stadt dem Direktor des städtischen Kriegsernährungsamtes zugeschrieben. Schließlich meint L. aber, daß er von dem Angebot des Magistrats, die Milch für 28 Pfennig pro Liter zu übernehmen, vor der Anordnung des Verkaufs der Kühe nicht gewußt habe. Nach seiner Meinung sollte er nur 26 Pfennig bekommen. Die Milchherzeuger sollten kämen jetzt auf 35 bis 37 Pfennig pro Liter. Hiernach kann wohl kein Zweifel darüber bestehen, welches die wirklich treibende Kraft bei dem beabsichtigten Verkauf gewesen ist. Die Neuesten Nachrichten erklärten den Fall durch das Schreiben für die Öffentlichkeit für erledigt. Nach unserer Ansicht war das eine zu rosig Beurteilung. Aus dem Handgelenk und nur wegen einer Marotte werden solche ungewöhnlichen Dinge gewiß nicht unternommen. Man braucht gar nicht zu mißtraulich zu sein, um in dem Vorgehen eine Einwirkung auf die Erhöhung des Milchpreises zu erkennen. Am 6. November teilte der Magistrat durch eine Notiz in den Tagesblättern die bevorstehende Regelung des Milchpreises mit. Er äußerte sich darin hauptsächlich über die im Wagenvertrieb nicht abgesetzte Milch und meinte, daß die Abnahme für 28 Pfennig pro Liter von den städtischen Stellen nur eine Uebergangsmaßregel sein könne. Mit 2 Pfennig berechneten die Erzeuger ihre Unkosten für das Anfahren pro Liter. Diesem Umstand müsse bei der Regelung der Preise Rechnung getragen werden. Hiernach scheint es, daß für die Milch ein Literpreis von 26 Pfennig festgesetzt werden soll. Wegen des Verkaufspreises an die Verbraucher hört man bei dieser Gelegenheit nichts. Wir können daher wohl annehmen, daß seine Erhöhung, die auch durchaus ungerechtfertigt sein würde, keinesfalls in Frage kommt.

Hierzu eine Beilage.

Verantwortlicher Redakteur H. Barzel, Danzig.
Verlag Volkswacht J. Gehl u. Co., Danzig
Druck Königsberger Volkszeitung, G. m. b. H., Königsberg i. Pr.

Uhren
mit 3jähriger schriftl. Garantie
Große Auswahl
in Silbernen u. goldenen Damen- u. Herrenuhren
Werkuhren in allen Preislagen
S. Lewy Nflgr.
Uhrmacher, nur Breitgasse 28. 415

Trauer-
Tüte
in
schöner
Auswahl.
Braun
Handschuhe
zu billigen
Preisen.
**Julius
Goldstein**
Lorenzengasse 4, gegenüber der Markthalle.

echt
gefädelten
garant. rein
Schnupftabak offen
riecht
Julius Gosda, Kohltabak-Größhandlung
und Schnupftabakfabrik.
Danzig, Ecke Häckerstraße 5 u. 2, Priesterstraße 3. Fernspr. 2428

Der Verband der Kupferschmiede Deutschlands
(Zentrale Danzig)
veranstaltet am

Sonntag den 19. November 1916
im Lokale der Witwe Steppuhn, Café
Bürgergarten, Karthäuserstraße, zum Besten
seiner im Felde stehenden Verbandskollegen einen

Unterhaltungsabend
mit Musik und Theater-Darbietungen,
unter starker Unterstützung des Gesangsvereins Sängergesang, wozu die
Opernkönigin sowie Frauen- und Bekannte herzlich eingeladen werden.
Sollte sich im Sommerfest im Bürgergarten das Herr Sellin,
Schiffbauern Nr. 56, heute an der Kasse 20 Pfennig zu erheben.
Kassenschluß 8 Uhr. Anfang des Konzerts 6 Uhr.
Der Vorstand.

Der Neue-Welt-Kalender für 1917
Buchhandlung Volkswacht, Danzig, Paradiesgasse 32

Krieg-Voll-Frieden
Ueber dieses Thema spricht Reichstagsabgeordneter
Hermann Moikenbuhr, Berlin
Donnerstag, den 16. November, abends 8 Uhr
im großen Saale des Gewerbehauses, Elbing
Alle Männer und Frauen, ohne Unterschied der Partei,
sind eingeladen.
Die sehr seltene Gelegenheit, sich von diesem erfahrenen sozial-
demokratischen Politiker über die politische Lage informieren zu lassen,
sollte niemand veräumen.
Zur Bedeckung der Unkosten findet am Eingang des Saales eine
freiwillige Sammlung statt.
415
Der Einberufer: K. Finsel.

Arbeiter-Schachklub-Danzig
Jeden Freitag, abends 8 Uhr,
Spielabend im Bibliothekzimmer
der freien Gewerkschaften 4, Damm 7, II. — Am 17. Novbr.
Beginn eines Kurses für Anfänger
Anmeldungen und Auskunft beim Vorsitzenden.
P. Frügel, 4, Damm 7, II.

Wochenplan des Danziger Stadttheaters.
Montag, 13. November, abends 7 Uhr. „Aida“, Oper v. Verdi.
Dienstag, 14. November, abends 7 Uhr. „Die rätselhafte
Frau“, Lustspiel von Reinach.
Mittwoch, 15. November, abends 7 Uhr. „Tannhäuser“,
von Wagner.
Donnerstag, 16. November, abends 7 Uhr. „Die gut-
geschänzte Ester“, Trauerspiel von Sudermann.
Freitag, 17. November, abends 7 Uhr. „Karta“, Oper
von Wagner.
Sonnabend, 18. Novbr. „Eibell“, Lustspiel v. Shakespeare.
Sonntag, 19. November, nachmittags 3 Uhr. „Das Freimäher-
haus“, Komödie von Reinach. Gemischte Preise.
Abends 7 Uhr. „Margarete“, Oper von Gounod.

Bekanntmachung.
Hilfsbereite Männer aller Berufsclassen, welche entweder völlig
militärdienstfrei oder als dauernd garnison- oder arbeitsverwendungs-
fähig ausgemustert, zum Wehrdienst aber noch nicht eingezogen
sind, und die bereit sind, sich als Krankenpfleger ausbilden zu lassen
können sich im Laufe der nächsten Woche werktäglich in der Zeit
zwischen 9 und 1 Uhr vormittags auf dem Oberpräsidium, Zimmer 91
unter Vorlegung ihrer Ausweis-papiere melden. Auswärtige schriftlich
**Der Territorialdelegierte
der freiwilligen Krankenpflege für Westpreußen.
von Jagow.** 416

Bekanntmachung. E. Nr. 2949g.
Am 10. November 1916 tritt eine Bekanntmachung
betreffend Beschlagnahme, Verwendung und Veräußerung von
Flachs- und Hanfstroh, Bastfasern (Jute, Flachs, Ramie
europäischer und außereuropäischer Art) und von Erzeugnissen
aus Bastfasern (W. III. 3000/9. 16. KRA.) in Kraft.
Sie ist in vollem Wortlaut in den Regierungsamts-, in
den Kreisblättern und durch Anschläge veröffentlicht.
Danzig, Graudenz, Thorn, Culm, Marienburg,
den 10. November 1916. 415
Stellvertretendes Generalkommando XVII. Armee-korps.
Der kommandierende General.
Die Gouverneure der Festungen Graudenz und Thorn.
Die Kommandanten der Festungen Danzig, Culm und Marienburg

**Wagner
TABLETTEN**
schützen unsere Krieger
vor Erschlungen.
Sie lösen den Durst;
sie erfrischen auf dem
Marsche. Sendet W-
bert. Tabletten an die
Front als
Lebensversicherung
Feldpostbriefe
mit Wagner-Tabletten kosten in
allen Apotheken und Drogerien
M. 2.— oder M. 1.—.
Karbid-Lampen
Karbid- und Taschenlampen,
Sprechmaschinen, Schall-
platten, Nähmaschinen, vor-
und rückwärtsnähend. 1315
A. Hein, Breitgasse
113.